

THEMA DER WOCHE

Wünsche ans Wohnungsamt: „Lage in Gneis, Morzg, Aigen“

Im Sozialausschuss der Stadt wurden zuletzt 37 günstige Wohnungen vergeben. Migranten nahmen die Angebote meist sofort an. Einheimische lehnten am öftesten ab.



Salzburg

Der Sozialausschuss des Gemeinderats vergibt pro Jahr rund 500 geförderte Mietwohnungen an sozial bedürftige Wohnungssuchende. Kontinuierlich werden 3000 Antragsteller auf einer Liste nach Punkten gereiht. Sie haben meist ein niedriges Einkommen und schwierige Lebensumstände. Aber sie lehnen die Angebote des Wohnungsamts oftmals auch ab. Weshalb eine Diskussion entstand, wie echt die Not im einen oder anderen Fall ist?

Es gehe oftmals um Verbesserung der Wohnsituation und nicht um echte Wohnungsnot, meint etwa Christian Struber, Direktor der Genossenschaft Salzburg Wohnbau.

Anfang November wurden 37 leistbare Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen vergeben. Allerdings nicht nach Liste. Denn viele Wohnungen, darunter wahre Schnäppchen in schöner Lage, wurden im Einzelfall bis zu 19 Mal abgelehnt. Zum Zug kamen 20 österreichische Staatsbürger und 17 Bewerber mit Migrationshintergrund (aus Afghanistan, Syrien, der Türkei, Bosnien, Kroatien, Tschechien, Polen, Pakistan). Was niemandem verborgen blieb: Die meisten Ablehnungen kamen von autochthonen Einheimischen.

So bekam eine syrische Familie mit 169 Punkten eine Wohnung in Itzling, die fünf vorgereichte Interessenten nicht wollten, weil sie Barrierefreiheit benötigten oder die Lage nicht gefiel. Die 88 qm an der Franz-Ofner-Straße nahe der Lokalbahn befinden sich in einem Niedrigenergiehaus und kosten 1000 Euro brutto.

Ein türkisches Paar, das ein Kind erwartet, zieht in eine Passivhaussiedlung am Samer Mösl. 17 andere Bewerber konnten die 1000 Euro Mietkosten für 80 qm nicht aufbringen oder haben einen anderen Lagewunsch. Zwei afghanische Schichtarbeiter, die zuvor zu dritt und zu viert in kleinen Zimmern hausten, bekommen nun kleine Wohnungen in der Konrad-Laib-Straße in Herrnau (350 Euro) und der Goethestraße in Itzling (650 Euro) - Gegenden, die 19 Mal abgelehnt wurden.

Zwölf Bewerberinnen wurden gesperrt. Es sind fast ausschließlich einheimische Frauen, darunter etliche Alleinerzieherinnen und ältere Paare. Sie stellen Ansprüche, für die man auf dem privaten Markt viel Geld hinlegen muss. Es heißt dann: "Die Wohnung gefällt nicht, weil zu klein"; "der Vorschlag ist eine Zumutung, weil ein Dachgeschoß"; "die Lage ist nicht gut"; oder "viel zu klein und zu dunkel"; "Antragstellerin möchte nicht in Lehen wohnen"; "Antragstellerin will zwei Zimmer im OG". Eine Alleinerzieherin mit 1100 Euro Einkommen im Monat schließt alles aus außer "zwei Zimmer mit Balkon oder Garten in Gneis, Morzg, Aigen, Parsch".

Die Extravaganzen lösten eine heftige Diskussion im Ausschuss aus und einen Antrag von ÖVP und FPÖ zu den Vergaberichtlinien. "Es gibt keinen Anspruch auf eine bestimmte Lage. Die Vergabe in der ganzen Stadt ist zumutbar. Das System ist eh schon so großzügig", sagt ÖVP-Klubobmann Christoph Fuchs. Zudem soll das Wohnungsamt pro Quartal einen Bericht über Anzahl und Gründe der Verzichte vorlegen.

Im Wohnungsressort von SPÖ-Stadträtin Anja Hagenauer versichert man einmal mehr die faire und transparente Vorgangsweise. "Die Tatsache, dass Personen auf der Liste Wohnungen ablehnen, ist ein legitimer Teil des Systems." Seit man mehrere Wohnungen anbiete, seien die Ablehnungen "drastisch zurückgegangen". Oftmals werde als Ablehnungsgrund "zu teuer" angegeben. "Das lässt auf eine politische Fehlentwicklung bei Planung und Bau schließen. Das liegt im direkten Verantwortungsbereich der ÖVP."